

Resolution zur Akkreditierungspflicht von Studiengängen in Mecklenburg-Vorpommern

Antragsteller*innen: Liz (Rostock), Björn (RWTH), Jörg (FUB), Jonas (Münster)

Adressaten: Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern, Hochschulleitungen der MV-Hochschulen

Antrag

Die ZaPF möge beschließen:

Die ZaPF betrachtet mit Sorge die Bestrebungen der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern die Akkreditierungspflicht für Studiengänge im Zuge der Novellierung des Hochschulgesetzes abzuschaffen.

Die Akkreditierung hat sich als Mittel der Qualitätssicherung bewährt. Sie ist ein bundesweiter Standard und europaweit anerkannt. Weiterhin sichert sie die Teilhabe verschiedener Parteien, insbesondere der Studierenden, an Qualitätssicherungsverfahren und hilft, einen einheitlichen Mindeststandard für den Aufbau von Studiengängen deutschlandweit zu etablieren.

Aufgrund ihrer weiten Verbreitung verlassen sich viele Arbeitgebende auf die Existenz akkreditierter Studiengänge. Durch den Wegfall dieses Merkmals für mecklenburg-vorpommerische Studiengänge können so Abgänger*innen dieser Nachteile bei der Arbeitsplatzsuche entstehen und mecklenburg-vorpommerische Hochschulen werden zunehmend unattraktiver für Studieninteressierte und Studierende. Dies wird zu sinkenden Studierendenzahlen, eingeschränkter Studierendenmobilität und einem Verlust der Reputation der Hochschulen führen.

Aus diesen Gründen fordern wir die Beibehaltung der Akkreditierungspflicht.